



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2022;
hier: Ausgaben für den Vollzug energierechtlicher Vorschriften
(Kap. 07 05 Tit. 532 77)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 05 wird der Ansatz im Titel 532 77 (Ausgaben für den Vollzug energierechtlicher Vorschriften) von 300,0 Tsd. Euro um 300,0 Tsd. Euro auf 0 Euro herabgesetzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2022 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Der geplante Ausstieg von konstanter und regelbarer Leistung (Kernkraft im Jahr 2022 mit 2,7 GW Grundlast und Kohle 2038 mit 0,8 GW) hin zu umweltbedingter und volatiler Erzeugung (Solar- und Windenergie) wird zu einer bedrohlichen Stromerzeugungslücke in Bayern von durchschnittlich 27 TWh (4,5 GW Spitzenleistung) im Jahr 2025 führen.

Eines der großen inhärenten Probleme der deutschen Energiewende-Politik besteht darin, dass sie den Ausbau erneuerbarer Energien unabhängig von deren (Nicht-)Grundlastfähigkeit fördert. Im Jahr 2019 machten erneuerbare Energien über die Hälfte (51,6 Prozent) der Bruttostromerzeugung in Bayern aus, aber auch mehr als zwei Drittel der gesamten installierten Leistung.

Wind ist eine volatile und unverlässliche Energiequelle. Selbst bei einem massiven Ausbau dieser Anlagen wird es eine signifikante Stromlücke in Bayern geben (durchschnittlich 27 TWh in 2025), wenn der Wind nicht weht. So macht Windkraft 12 Prozent der installierten Leistung, aber gleichzeitig – wegen seiner volatilen Erzeugung und trotz der Vorrangspeisung – nur 6,7 Prozent der Stromerzeugung in Bayern aus. Bei Flaute beträgt die Stromerzeugung aus Windenergie manchmal 1 Prozent der Stromnachfrage. Nach Berechnungen des ifo Instituts wird diese Stromlücke im Winter 80 Prozent der Stromnachfrage betragen. In den letzten zehn Jahren wurden rund 1 400 ha Wald für den Bau von Windkraftanlagen gerodet. Das entspricht einer Fläche von etwa 2 000 Fußballfeldern.

Somit stellt die Energiewende eine bedrohliche Belastung für die Netzsicherheit und die Gewährleistung der Netzfrequenz von 50 Hertz dar. In den letzten zehn Jahren sind die deutschlandweiten Kosten für Netzstabilisierungsmaßnahmen um einen Faktor von 40 gestiegen – von 23 Mio. Euro pro Jahr auf fast eine Milliarde Euro.

Allein aufgrund der Energiewende haben sich die Stromkosten in Bayern in den letzten 20 Jahren verdoppelt und verdreifacht: für Haushalte von 14 ct/KWh auf 31,4 ct/KWh, für die Industrie von 6 auf 18,6 ct/KWh. Mittlerweile gehört Deutschland zu den Ländern mit

den höchsten Strompreisen weltweit. Bis 2040 wird der geplante Ausbau von Photovoltaik und Windenergie im Strommix den Strompreis für bayerische Verbraucher um weitere 50 Prozent erhöhen.